Walter Sauer

KOMMENTAR

Ich nehme mir im Folgenden die Freiheit, meinen Kommentar einerseits als eine nicht unbedingt wissenschaftlich systematisch angelegte Wortmeldung zu definieren, sondern als meine Meinung, die sich auch nicht notwendigerweise mit der offiziellen Position des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) oder der Arbeiterkammern decken muss. Andererseits soll es auch eine Rückschau auf die Erfahrungen, die wir in den Gewerkschaften und ich persönlich mit diesem Thema gemacht haben, sein.

Ich erinnere mich an einen ungarischen Außenminister, der bei einer Konferenz in Paris Anfang der 1990er Jahre mit leuchtenden Augen über die Bemühungen und die Erfolge der ungarischen Regierung berichtet hat, die Handelsbeziehungen Ungarns in den Raum des früheren Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (auch Comecon) zu zerstören und sie in den Westen umzuleiten. Ich erinnere mich ebenso an ein Gespräch mit einem hochrangigen Fachmann, der uns zum ersten Mal das System der sogenannten Lohnregulierung erklärt hat. Dieses System gab es in fast allen Transformationsländern Mittel- und Osteuropas: Betriebe, die Lohnerhöhungen über ein bestimmtes vorgesehenes Maß hinaus gewährten, wurden mit einer ziemlich hohen Strafsteuer belegt. Diese beiden Erfahrungen – der ungarische Außenminister und das System der Lohnregulierung zu verstehen – haben mich in meinem Verständnis der Transformation in Mittel- und Osteuropa sehr geprägt und ich habe davon drei Dinge mitgenommen:

- Erstens hat es offenbar eine deutliche und nachhaltige Intervention der Staaten erfordert, um Marktwirtschaft überhaupt einmal herzustellen. Wir glauben ja immer, das habe dem Willen der Bevölkerungen entsprochen. Aber in Wirklichkeit war es ein brutaler Eingriff seitens der Staaten und der Regierungen, die neugeschaffenen Marktwirtschaften auf eine supplementäre Funktion für Westeuropa und die Vereinigten Staaten umzupolen, im Sinne von: „Westen ist gut, Osten ist schlecht“.

- Zweitens habe ich mitgenommen, dass all diese Prozesse in den frühen 1990er Jahren nicht in erster Linie von wirtschaftlichem oder sonstigem Pragmatismus geleitet waren, sondern von einer unglaublichen Ideologisierung, und

- Drittens, dass es Teil dieses Programms war, die Kaufkraft der lohnabhängigen Bevölkerung bzw. der ArbeitnehmerInnenschaft schlagartig zu senken, selbst um den Preis der Kollektivvertragsfreiheit, das zentrale demokratische Recht, welches wir als Gewerkschaften fordern und welches in den ILO-Konventionen verankert ist. Man hat eben gesagt: „Verhandeln könnt ihr schon, aber wenn die Lohnerhöhungen über ein bestimmtes Niveau hinaus gehen, hat der Betrieb eine Strafsteuer zu zahlen.“

Die Folgen dieser Politik sind wohl bekannt, insbesondere was den Verlust von zahllosen Arbeitsplätzen angeht. Diese gingen teils dadurch verloren, dass nicht mehr versucht wurde, die Produkte der verschiedenen Länder Mittel- und Osteuropas an die Sowjetunion bzw. Russland, später an die Ukraine oder Sonstige zu verkaufen. Anstatt dessen erfolgte eine ein-

Sozialpolitik in Diskussion, Band 11/2010: Seiten 56–60

seitige Fixierung auf Westeuropa und die USA, wo diese Erzeugnisse aber keine Abnehmer fanden, denn es gab eigene Stahl- und Textilproduktionen, eigene Maschinen- und Elektronikindustrien etc. Es kam, wie vorauszusehen war, zum Zusammenbruch zahlloser Betriebe in den Transformationsländern, die zum Teil verhindert werden hätten können. Natürlich spielte auch die Zahlungsunfähigkeit der Ukraine oder Russlands eine Rolle, aber das war gleichzeitig auch eine willkommene Ausrede für die Regierungen zu sagen: „Die können eh nichts kaufen, versuchen wir es in den USA." Dahinter stand eine ideologische Vorgabe, die man umgesetzt hat.

Eduardo Galeano hat einmal für Lateinamerika von „offenen Adern" gesprochen, durch welche die Energie, „das Blut" herausgeströmt ist, zugunsten des „großen Bruders" im Norden Amerikas. Wir haben es hier mit den „offenen Adern" Mittel- und Osteuropas zu tun, wo die Kräfte des Lebens nach Westeuropa abgesaugt wurden. Es sind neue Abhängigkeiten entstanden und gleichzeitig sind die Sozialstandards wesentlich gefallen. Es ist mir wichtig zu betonen, dass diese Senkung nicht zwangsläufig im Zusammenhang mit den Problemen der Transformation stand, sondern, dass es eine bewusste Politik war, die eine Umverteilung nach oben und eine schroffe Auseinanderentwicklung der sozialen Gegensätze gefördert und durchgesetzt hat.

Die an sich sinnvolle ökonomische Alternative einer osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf demokratischer Grundlage – kurzfristig angedacht etwa im Rahmen der Viségrad-Initiative – das wäre 1990 eine Option gewesen, die auch die Situation und die Arbeit der Gewerkschaften wesentlich erleichtert hätte. Aber sie war realpolitisch nicht durchsetzbar.

So stehen wir seither vor der Frage, wann sich Ost und West einander annähern? Ich denke, die Annäherung vollzieht sich bereits, allerdings nach unten. Das Traurige ist, dass sich die berechtigten Hoffnungen der Bevölkerung in Mittel- und Osteuropa, beispielsweise auf einen höheren Lebensstandard, nur sehr eingeschränkt erfüllt haben. Das heißt wiederum, dass sich die ArbeitnehmerInnenvertretungen in Österreich darauf einstellen müssen, dass sich die Lebenssituation in den MOEL nicht so rasch zum Besseren ändern wird, da ein Wirtschaftsaufschwung in nächster Zeit nicht zu erwarten ist, geschweige denn eine Umsetzung unserer Forderungen nach Umverteilung etc.

Was bedeutet das für die gewerkschaftliche Tätigkeit? Ich stimme Heribert Kohl's Analyse der starken Fragmentierung der Gewerkschaftsbewegung in Osteuropa, mit vielzähligen Konflikten, ineffizienter Organisation etc. zu. Ich denke jedoch, dass selbst, wenn eine effizientere Organisation der Gewerkschaften in MOE gelungen wäre, dies die politisch gewollten Probleme nicht hätte kompensieren können. Die österreichischen Gewerkschaften haben im Hinblick auf die Organisation der Gewerkschaften in MOE viele Kooperationsprojekte durchgeführt und zahllose Gespräche geführt. Sie haben sich auch im Rahmen von Demonstrationen solidarisiert, in Budapest, in Ljubljana, in Prag. Ungeachtet dieser Aktivitäten ist jedoch der Spielraum sehr begrenzt, weil die Rahmenbedingungen wirtschaftlich und politisch vermittelt und gewollt sind.

Als GewerkschafterInnen haben wir uns oft die Frage gestellt, warum jemand in MOE der Gewerkschaft beitreten sollte, wenn die Gewerkschaft ihm oder ihr doch nichts bieten kann, weil es nichts zu verteilen gibt? Man stelle sich eine/n GewerkschaftssekretärIn im Betrieb vor, die/der mit dem Management über Lohnzuwächse verhandelt und das Management

Sozialpolitik in Diskussion, Band 11/2010: Seiten 56–60

sagt: „Tut mir leid, ich kann keine Lohnerhöhungen gewähren wegen der Strafsteuern!“ Betriebswirtschaftlich wäre es zumindest riskant gewesen, solange es dieses System gegeben hat. Heute existiert es aber nicht mehr.

Ich glaube, dass in dieser Situation jene Betriebe relativ besser abgeschnitten haben, in denen die GewerkschaftssekretärInnen und die GeschäftsführerInnen sich in einer Art von, wie immer begründeter, „Verhaberung“ befunden haben. Zum Beispiel haben die GewerkschaftssekretärInnen und GeschäftsführerInnen, weil sie Parteifreunde von früher oder Mitglieder derselben Organisation waren, ein Arrangement „unter sich“ getroffen, von dem beide Seiten profitieren konnten. Das hängt, denke ich, mit den psychologischen Phänomenen zusammen, die Frau Havelková thematisiert. Rein ökonomisch gesehen hätte das nie funktionieren dürfen. Doch kam es, je stärker der Druck durch den Internationalen Währungsfonds und die Regierungen etc. war, der auf den sozialen Dialog in den Betrieben eingewirkt hat, zu einer Revitalisierung von alten Seilschaften. Diese haben das Problem dann auf ihre Weise gelöst – sei es auch um den Preis einer doppelten Buchhaltung oder von sogenannten „Handouts ohne Beleg“.

Aus diesem Blickwinkel ist meines Erachtens auch der vielfach moralisierende „westliche“ Blick auf das Thema „Korruption“ unangebracht. Zumindest wenn es um die „kleine Korruption“ geht: wenn ArbeitnehmerInnen bereit sind, unter dem Tisch eine Zahlung anzunehmen, die nirgends aufscheint oder wenn der Geschäftsführer sagt: „Okay, da hast du, und dafür machst du mir nächste Woche das.“ Das mag vielleicht nicht „lupenrein“ sein, aber notwendig zum Überleben. Das ist das Leben in einer Transformationskrise. Dies gilt natürlich nicht für die „große Korruption“, die mit der Privatisierung, dem Stimmenkauf von Abgeordneten etc. zu tun hat.

Ich denke auch, dass diese Revitalisierung alter Seilschaften das Überleben der sogenannten alten Gewerkschaftsstrukturen in MOE erklärt. Darüber haben wir vor 15 Jahren heiße Debatten geführt und unsere KollegInnen aus den USA vertraten die Ansicht, nur jene Gewerkschaften, die aufgrund des amerikanischen demokratischen Modells nach der Wende neu gegründet wurden, dürften eine Überlebenschance haben, sonst sei das nicht demokratisch. In Wirklichkeit haben diese neuen Gewerkschaften, außer in Polen, nirgendwo Fuß fassen können. Überall sonst haben sich die sogenannten alten Gewerkschaften durchgesetzt, weil sie in stärkerem Ausmaß als andere in der Lage waren, ihren Mitgliedern etwas für das Überleben zu bieten.

Im Bemühen der österreichischen ArbeitnehmerInnenvertretung, ihr Verhältnis mit den KollegInnen in den Transformationsländern zu gestalten, ist vieles gut gelaufen. Ich möchte mich aber auf das konzentrieren, was nicht funktioniert hat und reagiere hiermit auch auf eine Wortmeldung von heute Vormittag, wonach wir uns Gedanken betreffend 2011 machen müssen, nämlich wenn die österreichischen Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber den neuen Mitgliedstaaten auslaufen. Meines Erachtens gibt es kaum eine Kommunikationsblockade in unseren Reihen, die so stark ist wie die in Bezug auf den Arbeitsmarkt: Unsere Leute können nicht verstehen, warum die Menschen in den mittel- und osteuropäischen Ländern nicht verstehen können, dass wir unseren Arbeitsmarkt schützen müssen und daher Maßnahmen ergreifen wie verzögerte Anerkennung der Berufsqualifikationen geringe Kontingentierungen z.B. in Grenzgängerabkommen und Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Unsere Leute haben gleichzeitig kein Verständnis dafür, dass das

Sozialpolitik in Diskussion, Band 11/2010: Seiten 56–60

nirgendwo verstanden wird, nicht einmal im Europäischen Gewerkschaftsbund. Und die GewerkschafterInnen in den mittel- und osteuropäischen Ländern wiederum können nicht verstehen, warum unsere Leute nicht verstehen, dass Arbeitsimmigration in den Westen ein Mittel ist, das Sozialdumping, das die Westorientierung ihrer Volkswirtschaften angerichtet hat, zumindest teilweise zu kompensieren. Damit ist auch die Hoffnung verbunden, Transformationsgewinne, die einseitig im Westen akkumuliert werden, wenigstens zum Teil wieder zurückzuholen. Beide Seiten verstehen überhaupt nicht, wovon die jeweils andere Seite spricht. Hätten die Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa die Idee gehabt, ihren Mitgliedern eine legale Beschäftigung in Österreich oder woanders anzubieten, um ihre Position zu festigen, wäre dies für uns natürlich nie in Frage gekommen. Die Folge davon ist, dass Migration nicht verhindert, sondern in die Schattenwirtschaft abgedrängt wurde. Das heißt, dass Menschen in prekären und prekärsten Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen, die die Gewerkschaften – wenn überhaupt – nur sehr schwer beeinflussen oder verhindern können. Hinzu kommt, dass Gewerkschaften weder auf der einen noch auf der anderen Seite institutionell eine Rolle dabei spielen. Es rächt sich, dass wir es nicht geschafft haben, ein gegenseitiges Verständnis füreinander herzustellen.

Für den ÖGB wird entscheidend sein, wie er mit der Frage der Migration umgeht. Auch wenn die Übergangsfristen mit Rumänien und Bulgarien noch bestehen, tritt mit Mai 2011 Freizügigkeit mit den anderen neuen Mitgliedstaaten ein. Migration ist aber grundsätzlich eine Tatsache. Ich meine nämlich nicht nur die Migration aus den relativ kleinen, bevölkerungsschwachen neuen EU-Mitgliedsstaaten. Die Ukraine, Russland, der Kaukasus, das sind wesentlich größere Regionen, in denen gleichzeitig die soziale Krise in einem unglaublichen Ausmaß zugenommen hat. Wenn es in Hinkunft Migration geben wird, dann wahrscheinlich aus diesen Gebieten. Wie wir mit diesen Herausforderungen umgehen, wird auch ein Prüfstein unserer gewerkschaftlichen Grundhaltung sein: Gewerkschaften werden nicht sagen können: „Ihr seid illegal hier." Denn, es ist nicht illegal, wenn jemand sein/ihr Leben fristet, wenn er/sie versucht, in einem anderen Land zu überleben. Diese Form der Migration entspricht vielleicht nicht den rechtlichen Regeln, aber sie wird zweifellos zunehmen.

Abgesehen davon lautet die große Migrationsherausforderung: Afrika. Österreichs Fremden- und Asylpolitik ist eine Katastrophe. Indem wir EuropäerInnen die Migration von der EU abzuhalten versuchen, indem wir militarisieren und Zäune aufstellen (die Zäune sind ja keine Zäune mehr, sondern Mauern mit Stacheldrahtverhauen, wie z.B. in Marokko), oder indem wir Kriegsschiffe im Mittelmeer patrouillieren lassen, geben wir unsere menschenrechtliche Grundeinstellung auf. Wir sagen heute: „Um Gottes Willen, wie hat Europa jemals mit SklavInnen handeln können!?" Aber unsere Kinder und Kindes-Kinder werden einmal fragen: „Um Gottes Willen, wieso habt ihr im Mittelmeer nichts getan, wo man doch wusste, dass die Hälfte bis zwei Drittel der Menschen auf dem Transport von Afrika nach Europa zu Tode kommt!?" Die Herausforderung vor der wir stehen lautet „Migration" und ich wünsche mir für diese Herausforderung andere und weitsichtigere Antworten, als die bisher gegebenen.

Damit verbunden ist die Frage des informellen Sektors. Wir wissen, dass wir uns stärker um prekäre Beschäftigungsverhältnisse, den informellen Sektor, das Arbeiten in der Schattenwirtschaft kümmern müssen. Die Frage ist jedoch wie? Das würde z.B. auch bedeuten, dass wir bei diesen irregulär arbeitenden Menschen wesentlich stärker präsent sein müssten als bisher. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum es nicht auch gute gewerkschaftliche Angebote für Menschen im informellen Sektor geben kann, z.B. Serviceleistungen, Mitgliederwerbung und

Sozialpolitik in Diskussion, Band 11/2010: Seiten 56–60

Rechte in der Gewerkschaft. Diese Menschen sind das Potenzial, das Gewerkschaften in Zukunft haben werden. Dazu müssen wir neue Formen der Kommunikation mit den Mitgliedern entwickeln. Da die Migration zunehmen wird, werden für uns GewerkschafterInnen auch die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem informellen Sektor steigen. Wir müssen hier in Mitteleuropa eine Art des miteinander Umgehens finden, die unseren Idealen, unseren gewerkschaftlichen Zielen, den Menschenrechten und der Solidarität entspricht.

Bleibt abschließend noch die Frage, wie es weiter gehen wird? Man sollte zwar immer einen optimistischen Schluss finden, doch fällt es mir nicht leicht. Wir sagen mit Recht, dass wir in den 1990er Jahren die Entstehung gewerkschaftsfreier Zonen in Mittel- und Osteuropa verhindern konnten. Gewerkschaften gibt es heute überall. Manche davon sind, wie wir gehört haben, erfolgreich, viele aber auch nicht. Entscheidend ist, ob wir auch in zwanzig Jahren – wenn es 2029 vielleicht wieder eine so spannende Konferenz wie heute geben wird – werden sagen können: „Wir haben die Gewerkschaftsbewegung am Leben erhalten!“ Ich hoffe, ich bin dann im Publikum und kann mir die Antworten anhören.

Sozialpolitik in Diskussion, Band 11/2010: Seiten 56–60